

Bern, 12. September 2016

**Wirtschaft und Politik treiben ein gefährliches Spiel**

**Heute haben sich Vertreter des Bundes, der Kantone, der Arbeitgeber- und Arbeitnehmendenvertretungen zum Spitzentreffen Fachkräfte Schweiz getroffen. Ziel war es, Massnahmen zur Förderung des inländischen Fachkräftepotenzials zu entwickeln. Das Ziel wurde nicht erreicht, was Travail.Suisse, der unabhängige Dachverband der Arbeitnehmenden, stark bedauert.**

Spricht man von Fachkräftemangel und dessen Behebung, so haben Investitionen in die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und in die Weiterbildung von älteren Arbeitnehmenden bei weitem den grössten Impact. Doch damit endlich Bewegung in diese Bereiche kommt, braucht es griffige Massnahmen. Diese zu ergreifen, hat das Spitzentreffen Fachkräfte Schweiz heute Vormittag verpasst.

**Fachkräfte-Initiative wird definitiv zum Marketinginstrument**

Dass endlich Substanz in die Diskussion um die Fachkräfte-Initiative muss, hat Travail.Suisse bereits im Vorfeld des Spitzentreffens betont. „Leider ist das nicht passiert“, sagt Adrian Wüthrich, Präsident von Travail.Suisse. „Die Plattform hätte ein grosses Potenzial gehabt, sozialpartnerschaftliche Lösungen zur Förderung von Vereinbarkeit und zur Weiterbildung von älteren Arbeitnehmenden zu finden. Leider scheinen weder Arbeitgebervertretungen noch die Politik an Lösungen und Massnahmen interessiert.“ Das Propagieren des freien Arbeitsmarktmarktes und die Forderung der Abschaffung der Arbeitszeitverfassung zielt zu kurz, führt zu mehr Gratisarbeit und wird von Travail.Suisse vehement abgelehnt.

Die Haltung von Arbeitgebervertretern und Politik ist gefährlich: Eben erst hat die Staatpolitische Kommission des Nationalrates beschlossen, dass die Fachkräfteinitiative die erste und wichtigste Massnahme zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative sein soll, dass also über die Mobilisierung von inländischen Fachkräften die von der SVP geforderten Kontingente umgangen werden können. „Doch wenn Bundespräsident Schneider-Ammann seine Fachkräfteinitiative vorantreibt wie bisher – also ohne konkrete Lösungen – so wird der Schuss in die falsche Richtung gehen“, sagt Wüthrich. Das heisst: Der Schutz der Löhne und Arbeitsbedingungen muss sichergestellt, die Integration von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt verbessert, die Arbeitsmarktpartizipation der Frauen erhöht und der Verbleib von älteren Arbeitnehmenden im Arbeitsmarkt gesichert werden. Nur so wird es gelingen die Bevölkerung weiter vom bilateralen Weg mit der europäischen Union zu überzeugen.

Mehr Informationen :

* Adrian Wüthrich, Präsident Travail.Suisse, Mobile: 079 287 04 93

Travail.Suisse hat bereits im Vorfeld des Spitzentreffens Massnahmen im Bereich der Vereinbarkeit gefordert: Erstens mehr Geld, z.B. für eine Betreuungszulage für pflegende Angehörige, zweitens mehr Infrastruktur etwa mit einem Rahmengesetz für die Betreuungsinfrastruktur als Aufgabe des Service Public und drittens mehr Zeit, beispielsweise dank einem Vaterschaftsurlaub – denn Vereinbarkeit darf nicht Sache der Frauen, sondern Sache der Frauen und Männer sein. Für die älteren Arbeitnehmenden hat Travail.Suisse einen Sonderkredit Weiterbildung gefordert, damit ihre Arbeitsmarktfähigkeit gefördert und unterstützt werden kann.